

## Ergebnisprotokoll

### Projekt 2010 – Strukturwandel der Wirtschaft und Dienstleistungen

#### **Expertengespräch I:**

Die Rolle von Dienstleistungen beim sozialen und ökologischen

Umbau der Ökonomie

Berlin, 28. Januar 2010

Ergebnissicherung durch **Michaela Evans**, Institut Arbeit und Technik, Gelsenkirchen

Dienstleistungen sind zentral für die Entwicklung der bundesdeutschen Wirtschaft und Gesellschaft. Zielsetzung des „Projektes 2010 – Strukturwandel der Wirtschaft und Dienstleistungen“ ist es, die Rolle von Dienstleistungen in der Ökonomie und im Strukturwandel insgesamt eingehender zu beleuchten und sich kritisch mit dem aktuellen Stand der Dienstleistungspolitik in Deutschland auseinander zu setzen. Darüber hinaus ist es Ziel des Arbeitskreises, Impulse und Ansatzpunkte für die zukünftige Entwicklung des Dienstleistungssektors in Deutschland herauszuarbeiten und in Form eines Memorandums, das im Frühjahr 2011 der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll, politikfähig aufzubereiten. In diesem Zusammenhang spielen auch Aspekte und Herausforderungen einer zunehmenden Internationalisierung von Dienstleistungsmärkten, die Perspektiven öffentlicher Dienstleistungen, Bedingungen „guter Dienstleistungsarbeit“ sowie Herausforderungen und Chancen von „Innovationen mit Dienstleistungen“ eine zentrale Rolle.

Das erste Expertengespräch befasste sich mit dem Thema „Die Rolle von Dienstleistungen beim sozialen und ökologischen Umbau der Ökonomie“. Die Impulsbeiträge von **Professor Dr. Thomas von der Vring** ([Die Rolle von Dienstleistungen in der künftigen Beschäftigungsentwicklung](#)) und **Professor Dr. Peter Hennicke** ([Bausteine zum ökologischen Umbau der Wirtschaft/Industriegesellschaft](#)) bildeten den Rahmen des Expertengesprächs. Kommentierungen erfolgten durch:

- **Klaus Barthel**, MdB, Sprecher der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie der SPD Bundestagsfraktion,
- **Dr. Sven Hallscheidt**, Leiter, Referat Dienstleistungen beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag, Berlin,
- **Dr. Norbert Reuter**, Bereich Wirtschaftspolitik, ver.di,
- **Dr. Werner Wobbe**, Europäische Kommission, DG Forschung,

- **Dr. Reinhard Klopffleisch**, Fachbereich Ver- und Entsorgung, ver.di,
- **Jan Karsten Meier**, Vorstand, UnternehmensGrün e.V., Bundesverband der grünen Wirtschaft,
- **Marco Bülow, MdB**, stv. Energiepolitischer Sprecher der SPD Bundestagsfraktion.

Im Mittelpunkt des ersten Impulsbeitrags standen die Beschäftigungs- und Produktivitätsentwicklung des bundesdeutschen Dienstleistungssektors, Anforderungen an eine zukunftsorientierte Dienstleistungspolitik sowie die Ableitung von Strategien zur Förderung der Erwerbstätigkeit im Bereich personenbezogener Dienstleistungen. Die Tertiarisierung der Erwerbstätigkeit präsentiert sich zunächst als ein empirisch belegbarer Fakt, der sich in der Gesamtwirtschaft gleichmäßig auf unternehmensbezogene und personenbezogene Dienstleistungen verteilt. Das Wachstum personenbezogener Dienstleistungen ist maßgeblich auf Zugewinne im Bereich des Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesens sowie des Gastgewerbes zurückzuführen. In dem Beitrag wurde darauf hingewiesen, dass die Tertiarisierung der Wirtschaft sich zwar als ein historischer Prozess darstellt, der sich jedoch keineswegs zwangsläufig auch in der Zukunft fortsetzen muss. Eine „gebremste Tertiarisierung“ kann sich nicht nur negativ auf die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sondern auch auf die Zukunft der Arbeit insgesamt auswirken. Im Zusammenhang mit den tatsächlichen und möglichen Beschäftigungseffekten des Dienstleistungssektors steht immer wieder die Produktivität von Dienstleistungsarbeit in der Diskussion. Produktivität ist zunächst nur ein rechnerischer Quotient, der das Verhältnis von Wertschöpfung zu eingesetzter Arbeit abbildet. Beschäftigungswachstum lässt sich demzufolge dann realisieren, wenn das Produktionswachstum größer ist als die Produktivitätsfortschritte. Allerdings existierten zahlreiche Unschärfen in der statistischen Abbildung des Dienstleistungssektors. Probleme hinsichtlich des statistischen Zugangs sowie in der Messbarkeit der Dienstleistungsproduktivität beziehen sich im Wesentlichen auf folgende Punkte (vgl. von der Vring 2010):

- Trends der Dienstleistungsentwicklung und -beschäftigung sowie statistisch darstellbare Produktivitätsfortschritte spiegeln primär Entwicklungen der Vergangenheit (und nicht tatsächlich zukünftiger Pfade).
- Zeitreihen der Produktivitätsentwicklung werden von starken konjunkturellen Schwankungen dominiert. Diese überlagern längerfristige Trends, die mutmaßliche eigenständige Entwicklungen widerspiegeln.
- Durch eine ungenügende Differenzierung der Wirtschaftsbereiche, die im Hinblick auf die Produktivität heterogen zusammengesetzt sind, entsteht ein verzerrtes Bild der Produktivitätsentwicklung im Dienstleistungssektor. So ist beispielsweise die Produktivität im „Gesundheits- und Wohnungswesen“ mehr als 10mal so hoch

wie die der „Dienstleister überwiegend für Unternehmen“, die beide – in Bezug auf die geleisteten Arbeitsstunden – in einer Kategorie zusammengefasst werden.

- Hinter der Tertiarisierung stehen zudem teils Outsourcingprozesse, wodurch Produktionen statistisch von einer Branche zunächst lediglich in eine andere verschoben werden. Hierdurch können sich ebenfalls „scheinbare“ Produktivitätsveränderungen ergeben.

Produktivität und Wertschöpfung im Dienstleistungsbereich sind nicht ohne weiteres mit dem industriellen Sektor vergleichbar. Auch sind die Kriterien zur Bestimmung von Produktivität nicht unproblematisch. Umfang, Geschwindigkeit und Nachhaltigkeit der Dienstleistungsentwicklung sind grundsätzlich politisch beeinfluss- und steuerbar. Eine aktive und gleichermaßen aktivierende Dienstleistungspolitik ist darauf angewiesen, entsprechende „Unschärfen“ zu erkennen, frühzeitig Entwicklungen zu antizipieren und für die konkrete Gestaltung nutzbar zu machen. Angesichts der nachhaltigen Massenarbeitslosigkeit stellt sich jedoch die Frage, wieso sich die „große Hoffnung“ *Jean Fourastiés* – Tertiarisierung der Wirtschaft als eine ständige Quelle der Beschäftigungsvermehrung – in dieser Form bislang nicht erfüllt hat. Private Bedürfnisse, kollektiver Bedarf und die tatsächliche ökonomische Nachfrage sind verschiedene Seiten einer Medaille. So beruht zwar die Nachfrage der privaten Haushalte auf individuellen Entscheidungen. Diese sind jedoch geprägt von der Macht des Angebots. Durch *die Förderung der Qualität* privater Dienstleistungen, was auch als zentrale politische Aufgabe verstanden werden kann, ließe sich das Nachfrageverhalten insgesamt positiv beeinflussen. Die kollektive Nachfrage nach öffentlichen Dienstleistungen beruht fast vollständig auf politischen Entscheidungen. Kinderbetreuung, schulische Sozialisation, berufliche Qualifikation und lebenslange Weiterbildung, qualifizierte Arbeitsvermittlung sowie Altenbetreuung – in diesen Bereichen fallen allerdings in Deutschland gesellschaftlicher Bedarf und öffentliches Angebot noch auseinander. Gänzlich unbestimmt und noch politisch zu gestalten sind aktuell die Anforderungen der Ökologie an das private Angebot und die private Dienstleistungsnachfrage.

Die positiven Perspektiven Fourastiés realisieren sich nicht von selbst, sondern brauchen eine Dienstleistungspolitik, die eine gewünschte Entwicklung von privatem wie öffentlichem Angebot an Dienstleistungen, aber auch eine gewünschte Entwicklung der privaten Nachfrage formuliert, gestaltet und fördert. Im Bereich privater Dienstleistungen bilden neben:

- der Konzeptentwicklung unter Beteiligung öffentlicher oder gemeinnütziger Träger zur Förderung des Bereichs,
- die Analyse des potenziellen Bedarfs und der Lücken zwischen Bedarf einerseits und Angebot/Nachfrage andererseits,

- die Förderung gesellschaftlicher Akzeptanz,
- die Entwicklung neuer Dienstleistungsmodelle,
- die Etablierung von Netzwerken und Franchisesysteme in gemeinnütziger Trägerschaft
- sowie die Prüfung der Förderung des Exports privater Dienstleistungen im EU-Binnenmarkt

die Eckpunkte nachhaltiger Strategien zur Beförderung der Dienstleistungswirtschaft. Im Feld öffentlicher Dienstleistungen steht neben der detaillierten Analyse des künftigen sozialen und ökologischen Bedarfs, die Entwicklung von Leistungs- und Qualitätszielen sowie die leistungsorientierte Modernisierung der Organisation öffentlicher Dienstleistungen und der Entwurf eines integrierten Konzeptes für den „zweiten Arbeitsmarkt“ für nicht vermittelbare Arbeitslose in der Diskussion. Darüber hinaus sollte es verstärkt darum gehen, ein Konzept zur mittelfristigen Entwicklung der öffentlichen Dienstleistungen (einschließlich der Kostenentwicklung, ihre Bereitstellung und ökonomischen Effekte, ihr Beitrag zum Wirtschaftswachstum) zu erstellen. Die Frage, wie zukünftig Qualität und Effizienz öffentlicher Dienstleistungen gesichert oder gar ausgebaut werden können, gehört neben einer Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz öffentlicher Dienstleistungen ebenfalls auf die Agenda.

Die Entwicklung des Dienstleistungssektors ist und war in der Vergangenheit durch vier zentrale Entwicklungen geprägt:

- durch die Re-definition der Wertschöpfungskette, unter Berücksichtigung v.a. der Effekte zunehmender globaler Arbeitsteilung und dem Bedeutungsgewinn IT-basierter Dienstleistungsangebote,
- durch die Internationalisierung von Dienstleistungen und Dienstleistungsarbeit,
- durch die Standardisierung/Normierung von Dienstleistungen sowie der wachsenden Bedeutung kundenorientierter Dienstleistungspakete,
- durch den Rückgang bei kleineren Dienstleistungsunternehmen und der Bündelung in größeren Unternehmen (Konglomerate von kleineren Spezial-Dienstleistern und Großanbietern).
- durch die Entwicklung neuer Berufsbilder im Dienstleistungssektor.

Angesichts der skizzierten Entwicklungen stellt sich die Frage nach der zukünftigen Entwicklung von Dienstleistungsarbeit. Welche Triebkräfte befördern oder behindern eine Entwicklung der bundesdeutschen Dienstleistungswirtschaft, welche empirischen Belege können hierfür vorgebracht werden und welche wirtschaftspolitischen Implikationen ergeben sich hieraus? Angesichts einer zunehmenden Differenz von Wertschöpfung und

beschäftigten Personen drohen eine Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und eine „*prekäre Tertiarisierung*“. Mit Blick auf die Annahmen Fourastiés hinsichtlich einer Saturierung der Bedürfnisse, steht die Abwägung zwischen dem Nutzen der Erwerbsarbeit und dem Nutzen der Freizeit als Triebkraft der Dienstleistungsentwicklung im Mittelpunkt. Eine zukunftsfähige Dienstleistungspolitik in Deutschland steht angesichts dessen vor der Aufgabe, die Eckpunkte für eine „*High-Road-Strategie*“ festzulegen. Zusätzliche Impulse für ein Dienstleistungswachstum könnten nicht zuletzt durch Konzepte der Arbeitszeitverkürzung im Zusammenspiel mit neuen gesellschaftlichen Arbeitszeitmodellen gesetzt werden. Es ist darauf zu achten, dass europäische und internationale Entwicklungen in der Strategieformulierung hinreichend Berücksichtigung finden. Angesichts der Diskussion um den europäischen Binnenmarkt und internationale Arbeitsteilung, einem ökonomischen Strukturwandel, der sich durch verteilte Spezialisierung auszeichnet und einem Sozialstaatsmodell, dessen Möglichkeiten und Grenzen derzeit wieder verstärkt in der öffentlichen Diskussion stehen, besteht die Gestaltungsanforderungen darin, Dienstleistungen zukünftig *wettbewerbsfähig* anzubieten. Es drohen Log-in-Effekte, wenn Deutschland weiterhin in Fragen der Dienstleistungspolitik zu sehr in sich ruht. Internationale Wettbewerbsfähigkeit besitzt Deutschland insbesondere im Bereich wissensintensiver Dienstleistungen im Zusammenspiel mit IuK-Technologien. Exportfähige Schlüsseldienstleistungen „Made in Germany“ sind vor allem in den Feldern Tourismus, Mobilität, Bildung, Kultur, Gesundheit und Ökologie zu finden.

Eine zukunftsorientierte Dienstleistungspolitik ist darauf angewiesen, gängige Argumentationslinien kritisch zu hinterfragen. Insbesondere mit Blick auf das immer wieder vorgebrachte Argument der „Wettbewerbsfähigkeit“ können Bedenken geäußert werden. So ist etwa zu diskutieren, warum Produktivitätsfortschritte grundsätzlich schlecht für die Entwicklung des Dienstleistungssektors sein müssen? Wie kann das Verhältnis von Außen- und Binnenorientierung in der Dienstleistungspolitik zukünftig sinnvoll austariert werden? Und schließlich: Wo besteht angesichts nationaler und internationaler Entwicklungen tatsächlich erhöhter Konkurrenz- und Wettbewerbsdruck und wo droht Dienstleistungspolitik hingegen der „bloßen Manie der Wettbewerbsfähigkeit“ zu unterliegen?

Angesichts dessen ist ein differenzierter Umgang mit einem heterogenen Dienstleistungssektor dringend geboten. Trendanalysen ebenso wie eine Re-Definition und Neu-Organisation von Wertschöpfungsketten können die Basis hierfür bilden. Dienstleistungen können wesentlich dazu beitragen, andere Wirtschaftsbereiche und -branchen zu qualifizieren. Der Staat kann über intelligente Formen der Regulierung dazu beitragen, Dienstleistungen im öffentlichen Bereich zu befördern – und sie qualitativ anspruchsvoll *und* wettbewerbsfähig zu gestalten. Hier wird die Diskussion um die Formulierung und Entwicklung einer nachhaltigen Dienstleistungspolitik in Deutschland auch anschlussfähig an die Herausforderungen eines zukunftsfähigen Sozialstaats.

Der zweite Teil des Expertengesprächs wurde durch einen Beitrag zum Thema „Bausteine zum ökologischen Umbau der Wirtschaft /Industriegesellschaft“ eröffnet. Der Beitrag basierte auf folgenden Kernthesen (vgl. Hennicke 2010):

- Die aktuelle Weltwirtschaftskrise erzwingt eine Renaissance der Politik. Das Primat der Politik und der Schutz öffentlicher Güter („*citizen value*“) bieten neue Chancen für Wachstum und Beschäftigung durch Ressourceneffizienz,
- Ein gemeinsamer Lösungsbeitrag für Natur- und Wirtschaftskrisen ist die Entkopplung von Lebensqualität und Umweltverbrauch durch eine Steigerung der Ressourceneffizienz,
- Nachhaltigere Energie erfordert Effizienzsteigerungen + Erneuerbare Energien + neue Wohlstandmodelle,
- „GreenTech made in Germany“ kann zu einem Markenzeichen auf Leitmärkten der Zukunft werden, sofern es gelingt, den bisherigen Fortschritts- und Wachstumsbegriff auf den Prüfstand zu stellen,
- die ohne Zweifel vorhandenen Potenziale müssen zu Märkten gestaltet werden. Hierfür sind eine „ökologische Industrie- und Dienstleistungspolitik“ und ein neuer Policy-Mix notwendig,
- Ressourceneffizienz hat ein hohes Beschäftigungspotenzial und hilft Zeit für Klima- und Ressourcenschutz zu gewinnen. Dies setzt jedoch eine integrierte Strategie „Effizienz + Suffizienz+ Konsistenz“ voraus.

„Energieeffizienz“ und „Materialeffizienz“ sind nicht nur eigenständige Wirtschafts- und Beschäftigungsfelder, sondern werden zu einer zentralen Voraussetzung für mehr Wettbewerbsfähigkeit auch anderer bundesdeutscher Branchen und Wirtschaftszweige. Ressourcen*produktivität* kann insgesamt nicht nur zu mehr Beschäftigung beitragen, sondern markiert gleichzeitig auch einen neuen Typus technischen Fortschritts. Allerdings wurden die Chancen für einen „*New Green Deal*“ bislang nicht ausreichend genutzt. Zum einen wird der Spielraum zur Realisierung flächendeckender, globaler Maßnahmen für den Klimaschutz enger, zum anderen ist für die kommenden Jahre mit einer Steigerung der Preise strategischer Materialien und einer Verknappung „kritischer Materialien“ in dynamischen Technologieclustern zu rechnen. Und: Die Auswirkungen des Klimawandels können auch den Sozialstaat zukünftig weiter belasten. In diesem Sinne ist eine nachhaltige Energiepolitik nicht nur Dienstleistungspolitik im engeren Sinne, sondern auch ein Beitrag zur Sozialpolitik und mehr als bloße „Elendsvermeidung“.

In der der Vergangenheit konnten bereits deutliche Beschäftigungs- und Exportgewinne im Bereich „Umweltschutz“ in und aus Deutschland realisiert werden. Vorliegende mak-

roökonomische Berechnungen zeigen, dass sich die prognostizierten Effekte eines ökologischen Umbaus der Wirtschaft hinsichtlich einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit auf Basis spezifischer Szenarien deutlich voneinander unterscheiden. Die umfangreichsten Arbeitsplatzeffekte wären im Rahmen einer deutsch-europäischen Gesamtstrategie zu erwarten – im Gegensatz zu einer isolierten bundesdeutschen oder einer „Weiter-so“-Strategie. Angesichts divergierender Interessenslagen gestaltet sich die Formulierung einer integrierten Energiepolitik jedoch keineswegs spannungsfrei. Zentrale Konfliktlinien lassen sich exemplarisch entlang folgender Fragestellungen nachzeichnen (vgl. Hennicke 2010):

- Wie hoch sollte der Anteil erneuerbaren Stroms sein, aus welchen Quellen wird er bezogen und zu welchen Kosten?
- Kann Wettbewerbsfähigkeit im Grundlaststrom erreicht werden?
- Wie viel neue Kohlekraftwerke werden gebraucht? (Mit oder ohne Carbon Capture and Storage (CCS)?)
- Gibt es eine Strom- oder Handlungslücke in 2020 und wie kann mit ihr umgegangen werden?
- Wo ergeben sich Chancen für eine Rekommunalisierung und Re-Vergesellschaftung in der Energiepolitik?
- Laufzeitverlängerung: Behinderung oder Förderung nachhaltiger Energie?

Die ohnehin vorhandenen Konfliktlinien drohen sich auch dadurch zu verschärfen, dass es laut vorliegender Studien Gewinner- (z.B. Erneuerbare Energien, Maschinenbau, Elektrotechnik) und Verliererbranchen (z.B. fossile Energieträger, Verkehrssektor, Metallindustrie) des Klimawandels gibt. Brachliegende wirtschaftliche Effizienzpotenziale können nur durch einen zielgruppen- und sektorspezifischen Instrumentenmix erschlossen werden. Chancen liegen vor allem auch in einem Ausbau von Energieeffizienz-Dienstleistungen. Das Spektrum reicht von isolierten Services über die Bereitstellung energienaher Komplettangebote bis zu Dienstleistungskombinationen entlang der Erzeugung/Verteilung, Bereitstellung und Nutzung der Endenergie. Anlagenwartung und -inspektion, Einsparberatung und -contracting, Functional Services, ein integriertes Energie- und Facilitymanagement oder Multi-Service-Angebote in den Feldern IT, Versicherung und Entsorgung zeigen die breite Palette in der Wettbewerb und Vielfalt gefördert werden können. Deutschland hat hier hervorragende Chancen, seine Vorreiterfunktion mit Blick auf Wachstum und Beschäftigung nicht nur besser zu nutzen, sondern auch international zu profilieren. Energieversorgungsunternehmen können zukünftig als „regionale Infrastrukturdienstleister“ Synergien erschließen. Eine weitere Herausforderung besteht nicht allein darin, vorhandene Innovations- und Finanzierungsprogramme besser

zu nutzen, sondern auch innovative Modellprojekte in der Fläche umzusetzen. Beispiele hierfür sind das (regionale) Bürgercontracting oder Investitionen in innovative Gebäudetechniken.

Ein integriertes Energie- und Klimaprogramm (IEKP) braucht ein verbessertes Zusammenspiel von Diffusionsförderung, Markteinführung und der Gestaltung von Anreizsysteme, Veränderungen der Rahmenbedingungen sowie einen Ausbau der Forschungs- und Innovationsförderung. Eine ressourcenpolitische Kernstrategie ist insbesondere darauf angewiesen, „ökologische Leitplanken“ für die zukünftige Entwicklung zu definieren und diese als Ausgangspunkt für die Erschließung von Zukunftsmärkten nutzbar zu machen. Innovationen brauchen starke Institutionen, nicht nur im Bereich von Forschung und Entwicklung, sondern auch als Schlüssel für die erfolgreiche Diffusion. Ressourceneffizienz als Maßstab und Zielrichtung der Produktentwicklung kann erheblich davon profitieren, dass der Staat als Nachfrager Vorbildfunktion ausübt. Damit ein integriertes Energie- und Klimaprogramm wirtschaftlich und gesellschaftlich erfolgreich sein kann, ist es notwendig, auch die Verlierer der Entwicklung – Unternehmen und Beschäftigte – nicht aus dem Auge zu verlieren. Im Umkehrschluss ist etwa im Bereich der Ausbildung ein stärkeres Engagement der Unternehmensgewinner erforderlich. Die Diskussion beleuchtete auch die Frage, wie Voraussetzungen für erfolgreiches innovieren im ökologischen Umbau der Wirtschaft /Industriegesellschaft geschaffen werden können. Der Kampf um verfügbare Ressourcen wird sich in den kommenden Jahren international weiter verschärfen. Eine Herausforderung besteht nicht zuletzt darin, internationale Strategien, Koordinationsformen und -mechanismen zu finden und internationale Projekt- und Innovationszusammenhänge zu befördern (Hinweis auf „Offene Methode der Koordination“ [OMK] der EU).

Die Realisierung der vorhandenen ökologischen Chancen für Wirtschaft und Beschäftigung, wie auch des Dienstleistungssektors insgesamt, ist auf Impulse aus dem Bereich „Bildung“ und „Qualifizierung“ angewiesen. Dies betrifft nicht nur die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, sondern auch die Unternehmen selbst. Eine Marktöffnung ohne vernünftige und verlässliche Voraussetzungen und Rahmenbedingungen im beruflichen Bildungssystem ist kaum tragfähig. Die Impulsbeiträge, Kommentare sowie die anschließenden Diskussionen haben zusammenfassend dargestellt, dass:

- Dienstleistungen in der Vergangenheit wie auch in der Zukunft ein Motor der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen waren und sein werden,
- Umfang und Geschwindigkeit des weiteren Wachstums politisch gestaltet werden können und sollten,

- der Dienstleistungssektor sich nach wie vor als ein überaus heterogener Wirtschaftsbereich präsentiert,
- die Trennung privater, öffentlicher und unternehmensbezogener Dienstleistungen antiquiert ist und die tatsächlichen Innovations-, Wertschöpfungsketten und Wertschöpfungsmustern nur noch bedingt abbildet,
- einzelne Dienstleistungssegmente und -felder von sehr unterschiedlichen Entwicklungstrends und -herausforderungen geprägt sind und zukünftig sein werden,
- die Formulierung konkreter Forschungs- und Gestaltungsaufgaben diesen Unterschieden gerecht werden sollte,
- eine auf Nachhaltigkeit angelegte Dienstleistungspolitik entsprechende Ergebnisse berücksichtigen
- und in den Kontext nationaler, europäischer und internationaler Entwicklungen einbetten muss.

Professionelle Dienstleistungen sind der Schlüssel für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und qualifizierte Beschäftigung. Eine besondere Herausforderung zur Förderung der bundesdeutschen Dienstleistungswirtschaft liegt in der Gestaltung von Arbeit, Bildung und Qualifizierung. In diesem Kontext wurde im Rahmen des Expertengesprächs der Vorschlag formuliert, eine *Enquete-Kommission* zum Thema „Bildung und Dienstleistungswirtschaft“ zu etablieren.

### **Zitierte Vorträge:**

**Hennicke, Peter (2010): Bausteine zum ökologischen Umbau der Wirtschaft/Industriegesellschaft.** Folienvortrag im Rahmen „Projekt 2010 – Strukturwandel der Wirtschaft und Dienstleistungen“, Expertengespräch I: Die Rolle von Dienstleistungen beim sozialen und ökologischen Umbau der Ökonomie, Arbeitskreis Dienstleistungen, 28.1.2010, Berlin.

**von der Vring, Thomas (2010): Die Rolle von Dienstleistungen in der künftigen Beschäftigungsentwicklung.** Folienvortrag im Rahmen „Projekt 2010 – Strukturwandel der Wirtschaft und Dienstleistungen“, Expertengespräch I: Die Rolle von Dienstleistungen beim sozialen und ökologischen Umbau der Ökonomie, Arbeitskreis Dienstleistungen, 28.1.2010, Berlin.

Beide Vorträge siehe unter: [http://www.fes.de/wiso/sets/s\\_dienst\\_vera.htm](http://www.fes.de/wiso/sets/s_dienst_vera.htm)